

05.09.2016

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 5029 vom 4. August 2016
der Abgeordneten Josef Wirtz und Gregor Golland CDU
Drucksache 16/12663

Neue Strategie und Einsatzorganisation der Polizei für Ausschreitungen am Tagebau Hambach

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Ausschreitungen rund um die Gegendemonstranten des Tagebau Hambachs bzw. radikaler Umweltaktivisten rund um das sogenannte Klimacamp nehmen immer mehr zu.

Die CDU hat Landesinnenminister Jäger schon oft zu einem härteren und strategischeren Vorgehen aufgefordert (vgl. z.B. Drucksache 16/11778). In dieser Woche hat der Landesminister nun endlich gehandelt: Das Polizeipräsidium Aachen ist nun federführend für die Einsätze verantwortlich. Die Kollegen der Kreispolizeibehörden aus Düren und dem Rhein-Erft-Kreis unterstützen sie dabei. Die Kooperation der Behörden wurde durch den Minister zum Monatsanfang offenbar angeordnet, wie der Kölner Stadt Anzeiger am 03.08.2016 berichtet.

Die Polizei präsentierte der Öffentlichkeit auch Details zu von den Aktivisten verwendeten Waffen und Mitteln. Äxte, Messer, Zwillen, Sturmhauben wurden bereits im Camp sichergestellt. Auch scheint es inzwischen gang und gäbe, dass die Aktivisten mit Exkrementen gegen Polizei und Sicherheitsdienste im Forst vorgehen, wie die Aachener Nachrichten in einem sehr detailreichen Bericht vom 03.08.2016 beschreiben.

Aufgrund der zahlreichen, teils lebensbedrohlichen, Vorkommnisse und dem hohen personellen, materiellen und finanziellen Aufwand der letzten Jahre, war die Neuorganisation der polizeilichen Einsatzkräfte geboten. Offen ist jedoch, wie viel Schaden das zögerliche Handeln der Landesregierung verursacht hat.

Das Klimacamp steht nicht für Meinungsfreiheit und Demokratie, sondern für Gewalt. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Die Landesregierung lässt zu, dass radikale Aktivisten die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dafür missbrauchen, einen rechtsfreien Raum zu schaffen. Hier muss endlich durchgegriffen werden. Der Rechtsstaat darf sich nicht vorführen lassen.

Datum des Originals: 05.09.2016/Ausgegeben: 08.09.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Der Minister für Inneres und Kommunales hat die Kleine Anfrage 5029 mit Schreiben vom 5. September 2016 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Justizminister beantwortet.

1. *Warum wurde die Polizei erst zum Augustanfang durch den Landesinnenminister umorganisiert? (Bitte auch detailliert die Neuorganisation beschreiben.)*

Zur Zentralisierung der kriminalpolizeilichen Ermittlungsführung im Zusammenhang mit Straftaten, die im thematischen Zusammenhang mit den Protesten gegen den Braunkohleabbau im „Hambacher Forst“ stehen, wurde beim Polizeipräsidium (PP) Aachen eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, die bereits am 01.02.2016 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Die Bewältigung von Einsätzen aus Anlass von Sicherheitsstörungen im „Hambacher Forst“ fiel bis zum 31.07.2016 in die örtliche Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden Düren und Rhein-Erft-Kreis. Ausgehend davon, dass Störeraktionen insbesondere im Bereich der Zuständigkeitsgrenzen erfolgen, standen die betroffenen Kreispolizeibehörden immer wieder vor der Herausforderung, personelle Ressourcen zu bündeln und das konkrete Vorgehen einzelfallbezogen abzustimmen.

Vor dem Hintergrund der im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2016 festzustellenden Verschärfung der Sicherheitslage im „Hambacher Forst“ war es erforderlich, nicht nur die kriminalpolizeilichen Ermittlungsführung sondern auch die Einsatzführung bei einer Kreispolizeibehörde zu zentralisieren.

Daher wurde dem PP Aachen zum 01.08.2016 auch die Zuständigkeit für die Führung von Einsätzen aus Anlass von Sicherheitsstörungen in den Bezirken der Kreispolizeibehörden Düren und Rhein-Erft-Kreis zunächst bis zum 31.07.2017 übertragen.

Damit erfolgte die Aufgabenübertragung auf eine leistungsfähige Polizeibehörde, die über einschlägige Erfahrung im Zusammenhang mit der Bewältigung besonderer Einsatzlagen (beispielsweise im Zusammenhang mit Rockerkriminalität und Fußballeinsätzen) und über breitere personelle Ressourcen, insbesondere im Stabsbereich, verfügt.

Räumlich erstreckt sich die Zuständigkeit des PP Aachen im Wesentlichen auf das Waldgebiet „Hambacher Forst“ und das „Wiesencamp“. Inhaltlich umfasst die Zuständigkeitsübertragung die Bewältigung von Einsätzen aus besonderem Anlass (beispielsweise versammlungsrechtliche Veranstaltungen, gewalttätige Aktionen) sowie ausgewählten Einsatzlagen im täglichen Dienst.

Die drei Kreispolizeibehörden bewältigen die Einsätze im „Hambacher Forst“ in enger Kooperation und im ständigen Austausch.

2. *Wie viele Straftaten wurden seit 2013 im Zusammenhang mit dem Tagebau Hambach und dem Klimacamp begangen? (Bitte nach Datum, Art der Straftat, Anzahl der Täter und Schaden auflisten.)*

Unter Hinweis auf die Vorbemerkungen der Kleinen Anfrage 5029 wird davon ausgegangen, dass in dieser Frage nicht das „Klimacamp“, sondern das „Wiesencamp“ gemeint ist.

Zur Beantwortung dieser Frage verweise ich auf meine Antwort auf die Kleine Anfrage 4978 (LT-Drs. 16/12724).

- 3. Ergänzend zu Frage 2: Wie viele Taten wurden vollständig aufgeklärt? (Bitte zu allen Taten angeben, ob diese vollständig, nur teilweise oder gar nicht aufgeklärt wurden und welche konkreten juristischen Konsequenzen bzw. Strafen oder Auflagen die Täter bekommen haben.)**

Von den in der Antwort auf die Kleine Anfrage 4978 genannten 944 Straftaten wurden 82 geklärt. Zu den 82 Straftaten konnten 197 Tatverdächtige ermittelt werden. Eine detailliertere Auswertung ist in der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

- 4. Wie viele Arbeiter, Polizisten, Sicherheitsleute oder Unbeteiligte wurden verletzt oder kamen zu Schaden? (Bitte nach Datum der Tat, Opfer und gesundheitlichem bzw. materiellem Schaden auflisten.)**

Von den 944 Straftaten wurden bei 73 Straftaten insgesamt 169 natürliche Personen als Geschädigte bzw. Opfer erfasst. Darunter befanden sich 32 Arbeiter, 70 Polizeibeamte, 58 Sicherheitsleute und neun Unbeteiligte.

- 5. Wann wird das Klimacamp endlich aufgelöst?**

Unter Hinweis auf die Vorbemerkungen der Kleinen Anfrage 5029 wird davon ausgegangen, dass in dieser Frage nicht das „Klimacamp“, sondern das „Wiesencamp“ gemeint ist. Zur Beantwortung dieser Frage verweise ich auf meine Antwort auf die Kleine Anfrage 4978.